

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

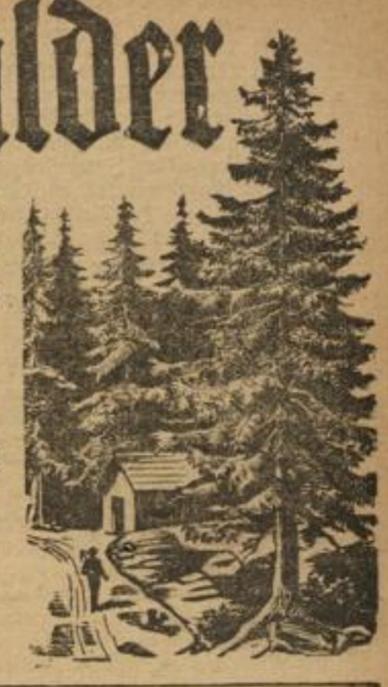
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 30 Bg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2,85 M., in Württemberg 2,5 M., vierjährlich, hiesig Bestellpreis 30 Bg. Druck und Verlag der G. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt). Für die Redaktion verantwortlich: G. Plun Wildbad.

Anzeigen 12 Bg., von auswärts 15 Bg., die Beilagen oder deren Raum. Nekrolog 25 Bg., die Beilagen. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bg.



Nr. 128

Dienstag, den 3. Juni 1919

86. Jahrgang.

Was englische Herrschaft ist.

Der englische Lord John Russell sagte 1846 im Londoner Parlament: „Wir haben Irland, wie ich mit voller Ueberzeugung behaupte, zu dem vollkommensten und erträglichsten Land der Welt gemacht.“

Wir Deutschen haben Kriese, uns diese Worte vor Augen zu halten, wollen wir eine Vorstellung davon gewinnen, was uns droht, wenn wir die entsetzlichen Friedensbedingungen unterzeichnen, die man uns zuzwingt. Es ist nicht zueifelhaft, was die Reichsregierung kundgab: wir würden auf ewige Zeiten verflucht werden.

Von den 22 Millionen Irändern, die es auf der Welt gibt, leben heute 17 1/2 Millionen im Ausland. Während die Bevölkerung der grünen Insel noch 1841 etwa 8 1/2 Millionen betrug, ist sie bis zum Ende des Jahrhunderts auf wenig mehr als 4 Millionen gesunken. Mit rücksichtslosster Schärfe liegen die englischen Grundherren, die nicht durch Kauf, sondern durch das Recht des Krieges in den Besitz des Landes gekommen waren, die Pachtsummen einzutreiben, die sie so oft wie möglich erhöhten. 1861 wurde festgesetzt, daß im Laufe der letzten 10 Jahre 282545 menschliche Behabungen durch die Ausstreibungsmaßnahmen zerstört worden waren. Man merke wohl: es wurden nicht etwa nur 282545 Pächter samt ihren Familien von der Scholle vertrieben, die sie bis dahin bebaut hatten, sondern es wurden auch ihre Behausungen zerstört, damit diese armen Leute dort nicht etwa ein Obdach finden könnten, ohne sich den maßlosen Forderungen ihrer Ausbeuter zu fügen.

Nicht einmal die Reformen, die im letzten Neunzehnerjahre endlich versucht wurden, haben Irland den früheren Wohlstand auch nur annähernd wiedergegeben. In diesen Reformen sah sich England aus einem doppelten Grunde gezwungen: einmal erkannten die Grundherren, daß sie sich durch die jedes Maß übersteigende Verelendung des irischen Volkes selbst der Möglichkeit beraubten, höhere Beträge oder überhaupt noch Einnahmen aus ihrem Grundbesitz zu ziehen; und andererseits sorgte der furchtbare Haß, der sich allenthalben in Irland gegen die Raubherren und Ausbeuter geltend machte, endlich für die Bereitschaft Englands, andere Seiten anzusehen. Wurden doch selbst die protestantischen Engländer, sobald sie längere Zeit in dem gezeichneten Irland lebten, zu Englandshässern. Kein politischer Führer Irlands hat im letzten halben Jahrhundert England größere Schwierigkeiten bereitet als der protestantische, aus einer englischen Familie hervorgegangene Bannell.

Trotzdem hat England bis zum heutigen Tage sich nicht entschließen können, das System der Anrechtung als solches zu befechtigen. Wie in Indien, das ein anderes furchtbares Beispiel dieser gewissenlosen Ausbeutung bildet, hat auch in Irland das Wohl der Bevölkerung niemals zur Rücksicht der englischen Politik gedient. Die Politik Englands ging hauptsächlich darauf aus, Irland die Ausfuhr aller Waren zu verbieten, durch die es exportieren konnte; insbesondere solcher Waren, die auch England erzeugte. Das Auskommen jeder Industrie wurde mit ähnlichen Mitteln unendlich gehemmt, jeder Handel mit dem Ausland abgeschmitten. 1810 führte Irland insgesamt für 63600000 Pfund Erzeugnisse aus. Davon gingen nach England 52600000 Pfund, hauptsächlich um damit die Pächter an die englischen Grundherren zu bezahlen. Nur für 10800000 Pfund gingen in fremde Länder oder britische Kolonien, davon etwa 4000000 Pfund nach den Vereinigten Staaten, obwohl dort viele Millionen von Iren leben, die gern viel mehr von der Heimat kaufen würden. Von dem Gesamtexport Irlands mit dem Ausland gingen nur 700000 Pfund, also nur etwa 6 v. H., von irischen Häfen aus, obwohl die Insel mit 10 Häfen gesegnet ist, unter denen sich die schönsten Buchten ganz Westeuropas befinden. Allein sie sind unbenutzt und leer.

Keine eigenen Banken, keine eigene Industrie, keine eigenen Eisenbahnen, keine eigene Schifffahrt, — das ist die Schantlage der Volkswirtschaft der grünen Insel. Das Land ist in eine menschenleere Wüste verwandelt. Von den 20 Millionen Morgen, die es umfaßt, sind nur 2500000 bebaut, weil die englischen Großgrundbesitzer es vorzogen, den irischen Boden in Weideland zu verwandeln, um das Vieh, das England

für seine Ernährung braucht, dort zu mästen. Auf dem Glend irischer Männer, Frauen und Kinder hat England seinen eigenen Wohlstand aufgebaut. Sir Roger Casement hat berechnet, daß im Verlauf des 19. Jahrhunderts der Zwingherr dieser Insel, während ihre Bevölkerung um mehr als die Hälfte sank, nicht weniger als 20 Milliarden Mark für die Zwecke seiner imperialistischen Weltpolitik herausgezogen hat. In derselben Zeit wurden 2 Millionen irischer Männer durch Hunger in die englischen Meere getrieben, ihr Blut wurde für die Erweiterung des englischen Weltreiches vergossen. Und während die irischen Häfen zerstört wurden, die irische Industrie geteuschet ward, und die fruchtbaren irischen Felder öde lagen, mußten irische Arbeiter dem englischen Kapitalismus Sklavendienste tun, um die englische Industrie und den englischen Handel durch schmachvoll entlohnte Arbeit zu fördern.

33 Milliarden Spartassen-Einlagen.

Ende des Jahres 1918 hatten die Einlagen bei den deutschen Spartassen, die bis zu Beginn des Kriegs 20 Milliarden Mark betragen, sich auf 33 Milliarden erhöht. Davon kommen 22 Milliarden, das ist sich hier nicht um eine regelmäßige Entwicklung handelt, geht schon aus einem Vergleich mit den Vorjahren hervor. In den Jahren 1910—1914 liegt die Einlage immer der gewöhnlichen deutschen Sparkassen jährlich um rund 1 Milliarde Mark, von 16,7 auf 20,5 Milliarden. In der Zeit von 1914—1918 erfolgte kein Zuwachs, sondern es war zum Schluß dieses Jahres ein Einlagebestand von 20,4 Milliarden, also von rund 10 Millionen weniger als Ende 1914 vorhanden. W. in allmählichen Wachsen der Inflation (Papiergeldumlauf), aber auch mit der Flüssigmachung von Mitteln, die bisher in den kleinen und mittleren geschäftlichen und gewerblichen Betrieben von nimmehr eingezogenen Männern gearbeitet hatten, wuchsen die Spartassenguthaben schnell. Es kamen ferner die gewis bedeutenden Summen hinzu, die die Jugendlichen verdienten und die ihnen durch die behördlichen Maßnahmen in Form von Spartassenguthaben zum großen Teil erhalten und so einer in Luxusübermut ausartenden Verschwendung entzogen wurden, und die Beträge, die die hochbezahlten Arbeiter, aber auch die vielen Kleinhändlerkassen erübrigen konnten, die im Kriege reichlich verdient haben. Aber es stehen auch weiter zweifellos in dieser Spartassenguthaben Einlagen von Hunderten der Banken, die von diesen zu den Spartassen abgedreht sind, weil für sie die Differenz zwischen den von den Banken und den Spartassen auf Depositen gezahlten Zinsen für eine Rolle spielte. Da ein sehr erheblicher Teil dieser Gelder aus Erträgen für Waren und Rohstofflager herrührt, so kommt also auch in den Spartassenausweisen die allmähliche Liquidierung der Bestände unserer Volkswirtschaft zum Ausdruck. Bemerkenswert ist übrigens noch, daß in der Ziffer von 33 Milliarden, wie die Zeitschrift „Spartasse“, das amtliche Jahrbuch des Deutschen Spartassenverbandes, anführt, nicht die auf etwa 1 Milliarde Mark zu schätzenden Einlagen in dem von den Massen neuerdings stark ausgebauten Scheckverkehr enthalten, ebenso wie die Zeichnungen auf die Kriegsanleihen nicht darin ausgebuht worden sind.

Neues vom Tage.

Kein Rücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 2. Juni. In einer Interredung mit einem Vertreter der „Z. Allg. Ztg.“ sagte Reichspräsident Ebert, es liege kein Grund vor, daß das Reichsministerium zurücktrete, um anderen Ministern Platz zu machen, die geeigneter seien, die Friedensbedingungen zu unterschreiben. Nach der Verfassung könne der Friedensschluß nur durch Reichsgesetz, also in Uebereinstimmung von Reichsregierung, Nationalauschuh und Nationalversammlung zustande kommen; zwischen den drei Faktoren bestche, abgesehen von den Unabhängigen der Nationalversammlung, in der Friedensfrage vollkommene Einmütigkeit. Ein anderes Kabinett wäre nur unter Verlust der demokratischen Grundgesetze der Revolution möglich.

Der Friedensvertrag in der preuß. Landesversammlung.

Berlin, 2. Juni. Die preuß. Regierung wird heute mit den Vertretern aller Fraktionen der Landesversammlung über die preussischen Angelegenheiten der Friedensverhandlungen sich besprechen und am Mittwoch diesbezügliche Anträge in der Landesversammlung beantworten.

Kundgebung.

Berlin, 2. Juni. Eine allgemeine Versammlung der Professoren und Studenten der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin erklärte, sie erwarte, daß die Reichsregierung zur Schlichtung der gesamten deutschen Universitäten und Hochschulen schreiten werde, ehe die Ehre, Kultur und Existenz des deutschen Volks preisgegeben werden. Man sei festen Willens, alsdann mit der Waffe für das Vaterland einzutreten.

Drohung Scheidemanns.

Berlin, 2. Juni. Im „Vorwärts“ schreibt Reichspräsident Scheidemann, indem er sich gegen rechtsstehende Blätter wendet, die den Gewaltfrieden eiten „Scheidemannfrieden“ nennen: Der Zusammenbruch ei den Alldeutschen, nicht der gegenwärtigen Regierung zuzurechnen. Wenn die Freunde auf den Vorschlag der Reichsregierung eingehen, einen neutralen Gerichtshof zu errichten, so werden die Alldeutschen dort ins zu verantworten haben, andernfalls werde der Staatsgerichtshof seine Pflicht tun.



Der Kolonialbesitz der europäischen Großmächte 1914 und die geplante Verteilung der deutschen Kolonien

Helfferich und Zeruburg.

Berlin, 2. Juni. Der frühere Staatssekretär Dr. Helfferich veröffentlichte in der „Kronzeitung“ einen Artikel gegen die Gegenvorschläge der Reichsregierung, die den finanziellen und wirtschaftlichen Ruin des deutschen Volks herbeiführen müssen. Reichsfinanzminister Zeruburg führte dagegen im „Berl. Tageblatt“ aus, das Angebot der 100 Milliarden sei eine Ehrenpflicht des deutschen Volks gewesen. Helfferich erwidert, die angebotenen 100 Milliarden müssen bei anderen Feinden die Meinung erwecken, Deutschland werde über die Ausdehnung der Verpflichtungen mit sich reden lassen. Die Mehrbelastung durch die 100 Milliarden Goldmark über die Bedingungen des Waffenstillstands hinaus sei ein Verbrechen und unserer sicherer Ruin.

Die Frage der Konfessionsschule im Osten.

Berlin, 2. Juni. Aus dem mittelen und südlichen Ostpreußen häufen sich die Nachrichten, daß die Polen bei ihren Losreisungsbestrebungen die dort zu meist streng katholisch gesinnte Bevölkerung für hochverräterische Pläne durch den Hinweis zu gewinnen suchen, daß die Eltern ihre Kinder, wenn sie bei Deutschland bleiben, in konfessionslose Schulen schicken müßten. Um dieser angeblich zum Teil erfolgreichen Propaganda der Polen entgegenzutreten, haben verschiedene Stadtverwaltungen und Gemeindevorstände Ostpreußens von der Regierung die bindende Erklärung verlangt, daß Schulfragen künftig lediglich Gemeindeangelegen-

heilen sein sollen, das insbesondere die einzelnen Gemeinden über den konfessionellen Charakter der Schulen selbständig entscheiden sollen. Die preussische Regierung erklärt nun, auf Grund des zwischen Reichsvereinsparteien, Zentrum und Demokraten vereinbarten Regierungsprogramms sei jede Gewähr dafür geboten, daß bei der Neuordnung des preussischen Schulwesens eine Verwahrung religiöser Interessen ausgesprochen ist. Auch die Rechte der Gemeinden auf die Gestaltung ihres Schulwesens sollen gewahrt bleiben, soweit es irgendwie mit den Staatsinteressen zu vereinbaren sei.

Die Rheinische Republik.

Köln, 2. Juni. Die „Kölnische Volksztg.“ meldet: Wie wir vernehmen, ist am Sonntag in Mainz und Wiesbaden eine Rheinische Republik ausgerufen worden. Staatsanwalt a. D. Dorken, seit längerer Zeit in Wiesbaden wohnhaft, hat sich zum Präsidenten der Republik ernennen lassen. Dieser Präsident von eigenen Gnaden soll seine völkerrechtliche Anerkennung bei den Mächten beantragen haben.

Die Ausrufung in Rheinland.

Frankfurt a. M., 2. Juni. In Wiesbaden und Mainz wurden gestern Maueranschläge angebracht, auf denen die Gründung einer Rheinischen Republik bekannt gegeben wird. Diese Rheinische Republik soll nach dem Aufruf eine Friedensrepublik sein und das Rheinland, Rheinhesen, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkfeld umfassen. Die vorläufige Regierung, die angeblich schon besteht, hat ihren Sitz in Wiesbaden. Endgültig soll aber Stoblenz Hauptstadt werden. Die Erlaubnis zu Wahlen zu der verfassunggebenden Versammlung soll bei Frankreich sofort eingeholt werden. Die bisherigen Staats- und Gemeindebehörden sollen bis auf weiteres im Amt bleiben. Der Aufruf ist unterschrieben von drei Arbeitsanschießen, nämlich: dem Rheinischen Arbeitsauschuß, dem Rastatt-Arbeitsauschuß, dem Pfälzischen Arbeitsauschuß. Es werden jedoch keine Namen genannt. In Koblenz und Köln wurde der Aufruf nicht verbreitet. Nur eine einzige Zeitung des besetzten Gebiets hat davon Kenntnis genommen und sich in zustimmendem Sinne geäußert, der „Mainzer Neueste Anzeiger“, ein Blatt, das schon seit einigen Wochen als von feindlicher Seite gekauft gilt. Selbst wenn es sich bei diesen Vorgängen nur um groben Aufzug handeln sollte, würde Hochverrat vorliegen. Die Rheinische Bevölkerung bekämpft sich seit Entschloßen zum Reich. Alle verbrecherischen Versuche der Loslösung sind auf einzelne besonders gefährliche, ehrgeizige oder bestochene Personen zurückzuführen.

In Wiesbaden wurden die Anschläge bald nachdem sie angeklebt waren, von der Bevölkerung abgerissen, jedoch nur wenige Personen sie zu Gesicht bekamen.

In Mainz soll als Gegenmaßnahme zur Ausrufung der Rheinischen Republik der Generalsperrverbot erlassen werden.

Berlin, 1. Juni. Ueber 100 rheinische, rheinhesische und pfälzische Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung aus allen Parteien waren am 31. Mai einer Einladung des Ministerpräsidenten Scheidemann zu einer Aussprache über die Selbstständigkeitsbestrebungen in den Rheinländern gefolgt. In vierstündiger Aussprache trat Uebereinstimmung zwischen der Regierung und den Abgeordneten insofern zu Tage, als der Gedanke einer Loslösung vom Reich völlig verworfen wurde. Vor der Verabschiedung der Beschlüsse und vor Friedensschluss konnte auch an eine Aenderung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Preußen nicht gedacht werden.

Köln, 2. Juni. Am der „Köln Volksztg.“ Unannehmlichkeiten zu ersparen, hat deren bisheriger Redakteur Frohberger, der ein Hauptagitator für die Loslösung des Rheinlands ist, seine Stellung an dem Blatt aufgegeben.

Zurückgehaltene Lebensmittel.

London, 2. Juni. Nach einer Meldung des „Manchester Guardian“ sind in den letzten Tagen aus englischen Häfen nach dem Festlande ausfahrende Dampfer mit Lebensmitteln für die Mittelmächte zurückgehalten worden, um die Annahme des Friedensvertrags durch Deutschland abzuwarten.

Rosa Luxemburg gefunden?

Berlin, 2. Juni. Am Samstag ist Stromarbeits an der Stelle, wo Rosa Luxemburgs Körper ins Wasser geworfen wurde, ein weiblicher Leichnam geborgen worden. Da die in Betracht kommenden amtlichen Stellen erklärten, es sei mit der Möglichkeit von Auskäufen vor dem Schauhaufe zu rechnen, wobei der Körper gebracht worden war, verfügte das Oberkommando die Ueberführung der Leiche nach dem Garifonslagarett in Posen.

Ausweisung.

Berlin, 2. Juni. Die bayerische Regierung in Bamberg bestätigt die Nachricht, daß der bayerische Regierungspräsident der Rheinpfalz v. Winterstein aus der Pfalz ausgewiesen worden ist.

Wiesbaden, 2. Juni. Die französische Besatzungsbehörde hatte vom Polizeidirektor in Wiesbaden ausdrücklich verlangt, dafür zu sorgen, daß die Plakate betr. die Proklamation der Rheinischen Republik nicht entfernt werden.

Busch in Speyer.

Mannheim, 2. Juni. Dr. Haack und Gefinnungsgegner wollten gestern vormittag 10 Uhr in Speyer die Rheinische Republik ausrufen. Die empörte Menge stürzte sich auf die Landesverräter. Haack soll geschrien haben und wurde daraufhin derartig zugerichtet, daß er schwerverletzt vom Plage getragen werden mußte. Kehulisch erging es seinen Spießgesellen. Der Busch in Speyer ist vollkommen mislungen und in der Stadt herrscht eine gehobene Stimmung.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 2. Juni. Zum Schutz des deutschen Reichs

selbst in laut „Post“ eine Flottille, bestehend aus bewaffneten Weichselbumpfern, gebildet worden.

Wien, 2. Juni. Die ukrainische Regierung hat ihren Sitz angedacht der polnisch-rumänischen Gefahr nach Kamenez-Podolsk auf das vom Bolschewismus befreite Gebiet verlegt.

London, 2. Juni. Reuters meldet aus Velsingfors: Vorgestern sind das Bolschewisten-Panzerjacht „Petro Pawlowitsch“ und drei andere Schiffe auf der Höhe von Jugermanland und westlich Krasnojarsk erschienen und haben die Küste bombardiert. Nach dem Eintreffen von sechs englischen Kriegsschiffen entspann sich ein Gefecht, das 50 Minuten dauerte. Die Bolschewistenflotte flüchtete nach Kronstadt.

Die katholischen Missionen.

Rom, 2. Juni. „Oservatore Romano“ bestätigt, daß die Reise Cerektis nach Paris den Zweck habe, die Frage der katholischen Missionen zur Sprache zu bringen. Die Großmächte sind offenbar bestrebt, jeden deutschen Einfluß zu vernichten. So weit es sich aber um katholische Missionen handelt, dürfte nicht außer Acht gelassen werden, daß wenn ein solcher Missionar in Verlegung seiner geistlichen Sendung sich zum politischen Agenten oder Agitator hergeben sollte, jederzeit die Möglichkeit bestehen würde, durch Vermittlung der Kongregation der Schuldingen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Tage in Paris.

Versailles, 1. Juni. Wie die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ berichtet, ist Wilson fest entschlossen, auf keinen der im Friedensvertrag enthaltenen Grundzüge zu verzichten. Einige Mitglieder der amerikanischen Abordnung sind bereit, unwesentliche Teile der wirtschaftlichen und finanziellen Abschnitte des Vertrags abzuändern, falls die Deutschen beweisen, daß sie bessere Vorschläge machen können. Die englische Abordnung ist in zwei gleiche Teile gespalten. Der eine Teil werde von Lloyd George geführt und wünsche auf dem Vertrag zu bestehen, während der andere Teil zu kleineren Zugeständnissen, wie an den Grundgesetzen, geneigt sein soll. Die französische Delegation ist durchaus für Ablehnung jeder Aenderung. Die Japaner und Italiener wollen selbst keine Einwendungen machen. Belgien schließt sich dem französischen Gesichtspunkte an.

Die Finanzlasten Frankreichs.

Versailles, 1. Juni. Einem Mitarbeiter des „Matin“ gegenüber äußerte sich der frühere Minister Ribot über die finanziellen Lasten Frankreichs in den nächsten Jahren. Ribot berechnet, daß Deutschland bis 1926 Frankreich 4 Milliarden Franken bezahlen werde. Während derselben Zeit werde Frankreich 25 Milliarden für Pensionen, 37 Milliarden für Kriegsschäden und 15 Milliarden Zinsen für die Anleihe, welche Frankreich zur Bezahlung der Wiedergutmachungskosten werden ausgehen müssen, zu bezahlen haben. Unter Berücksichtigung des Erlöses aus Pensionen dürften Frankreich zunächst 40 Milliarden vorzuschießen haben und in den Jahren 1926 bis 1931 werde Deutschland 1,800 Millionen jährlich an Frankreich zahlen, wogegen Frankreich in derselben Zeit zunächst mindestens 50 bis 60 Milliarden auszugeben haben werde. Diese großen Ausgaben Frankreichs erklärte Ribot mit der Notwendigkeit, Anleihen zur Bedeckung der Wiederherstellungskosten auszugeben.

Der Friedensvertrag in Paris.

Paris, 2. Juni. Die Zeitung „Bon Soir“ ließ gestern an 50 Senatoren und Abgeordnete den in Deutschland hergestellten Abdruck des Friedensvertrags verteilen. Dieses seltene Ereignis erregt allgemein Aufsehen, da die Regierungen den Wortlaut des Vertrags immer noch streng geheim halten. Zunächst sind alle Nachrichten über den Vorgang von der Presse in den Pariser Blättern gestrichen worden. „Bon Soir“ schreibt, Wilson selbst habe die Öffentlichkeit der Verhandlungen als Grundbedingung aufgestellt, somit sei die Mitteilung nur im Geiste Wilsons erfolgt.

Paris, 2. Juni. Die Streikbewegung, die hauptsächlich die Einführung des Achtstundentags und Erhöhung der Löhne zum Ziele hat, nimmt ständig zu.

Uebergabe des österreichischen Vertrags.

Paris, 2. Juni. Reuters. Den österreichischen Friedensbedingungen, mit Ausnahme der militärischen, der Wiedergutmachungs- und der finanziellen Bedingungen sowie gewisser Grenzklausein, übereicht. Österreich (der Ausbruch „Deutsch-Oesterreich“ wird vermeiden) wird durch den Vertrag ein Staat von etwa 6 Millionen Einwohnern, die ein Gebiet von 50000 bis 60000 Quadratkilometern bevölkern. Die Nordgrenze folgt der alten Verwaltungsgrenze, die Böhmen und Mähren von Ober- und Unterösterreich trennte. Die Südgrenze mit Italien und dem serbisch-kroatisch-slovenischen Staat soll später festgelegt werden.

Allgemeine proletarische Wehrpflicht in Ungarn.

Budapest, 2. Juni. Der revolutionäre Rat setzte die allgemeine Wehrpflicht für alle männlichen Proletarier von 17-45 Jahren fest, auch wenn sie keiner Gewerkschaft angehören.

Neuer Gesandter.

Rom, 2. Juni. Vier verläutet, der frühere deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, sei für den Posten in Rom vorgesehn.

Streik der Polizeibeamten.

London, 2. Juni. Die Londoner Polizei hat Forderungen erhoben und hat gedroht, im Falle der Ablehnung in den Ausstand zu treten. Es wurde über den Streik eine Abstimmung veranstaltet und das Ergebnis war, daß 44539 Stimmen für und 4324 Stimmen gegen den Streik abgegeben wurden. Der Polizeigewerkschaft hofft jedoch, die Forderungen auch ohne Streik durchsetzen zu können, jedenfalls solle er solange verschoben werden, bis der Frieden unterzeichnet sei.

Ziele der Demokratie.

Stiele von politischen Zielen im deutschen Vaterland zu reden, ist eine schwere Sache. Wer weiß, ob nicht alle unsere Baupläne morgen über den Haufen geworfen werden! Aber wir haben vor der Nachwelt die Verantwortung dafür zu tragen, ob wir in schwerer Schicksalsstunde unsere volle Pflicht getan. Und dazu gehört die zielbewusste Arbeit am Neuaufbau unseres Staatslebens in erster Linie, mag auch manches, was wir heute planen, nicht verwirklicht werden.

Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Der grundlegende Satz demokratischer Staatsauffassung lautet in der neuen württembergischen Verfassungsurkunde: alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Darin liegen alle Volksworten und alle politischen Volkspflichten eingeschlossen. Wahrheit demokratische Staatsgestaltung ist erhöhtes Verantwortlichkeitsgefühl. Die Regierung — das sind schließlich wir, das Volk selbst — die von uns gewählte Volksvertretung und die von dieser bestellte Regierung sind dem Volke, und verantwortlich, und umgekehrt: wir sind für sie verantwortlich.

Neben der politischen Demokratie steht die wirtschaftliche Demokratie. Auch unser Wirtschaftsleben soll nicht unter der Herrschaft einzelner (Großkapitalisten) stehen, sondern vom arbeitenden Volk selbst nicht bloß getragen, sondern bestimmt werden. Zwar um eine allgemeine Vergeistlichung des Wirtschaftslebens kann es sich nicht handeln. Wir brauchen tüchtiger als je einen selbständigen, lebenskräftigen Mittelstand, der in freiwilligem gemeinschaftlichem Zusammenfluß als geschlossene Macht auftritt. Wir brauchen auch in der Industrie führende Männer; das sollen die Unternehmer sein. Mit isolierten Vergeistlichung wäre nichts Gutes geschafft. Allerdings: solche Zweige, die Monopolcharakter tragen, in erster Linie die Bodenschätze (Kohle) dürfen nicht der privaten Ausbeutung einzelner überlassen bleiben. Zudem wird überall schon die finanzielle Not des Staates dazu zwingen, große Vermögen und Einkommen so weitgehend zu besteuern, als er überhaupt möglich ist. Ganz besonders aber gilt es, die Großbetriebe von innen heraus zu demokratisieren. Das ist der Grundgedanke der Betriebsräte. Die Arbeiter sollen als wirkliche Mitarbeiter mitwirken und mitbestimmen. Beim richtigen Ausbau dieser Einrichtungen sie zu einer wirklichen sozialwirtschaftlichen Anstalt im besten Sinne führen. Alle solche Maßnahmen aber haben nur dann wirklichen Erfolg, wenn die Sozialisierung der Wirtschaft sich durchzieht, und zwar bei allen Volksschichten oben wie unten. Profitmacht und Klassenunterschiede verhindern beide gleichermaßen den echten Sozialismus der Gesinnung. Er allein ist imstande, unserem Volk auch im wirtschaftlichen Leben die innere Einheit zu geben, die wir so nötig brauchen, und die Achtung vor der körperlichen und geistigen Arbeit.

Wenn wir solche Gedanken aussprechen, so können wir wohl zu hören bekommen: ihr seid eben Idealisten. Wir wollen das als Ehrennamen betrachten. Es ist schwer zu denken, wie man heute ohne einen recht starren und tiefen Idealismus am öffentlichen Leben mitarbeiten könnte. Idealismus ist nicht leere Träumerei. Wir stehen mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit, aber wir wollen auch nach den Sternen über uns schauen. Und ein Verstehen, der uns in die furchtbare dunkle Not der Zeit hereinstrahlt, das ist der Glaube an die Lebenskraft und das Lebensrecht unseres deutschen Volkes. Diesen demokratischen Idealismus soll uns niemand rauben. Albert Esenwein.

Baden.

(*) **Karlsruhe, 2. Juni.** Wie wir hören, beabsichtigt die Regierung die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit, nachdem eine Umfrage ergeben hat, daß der größte Teil der Beamten dafür ist. Die Regierung ist mit dem Fiskusrat des Landesverbandes der Beamten und Lehrer in Verbindung getreten, um mit ihm die näheren Maßnahmen zu besprechen.

(*) **Karlsruhe, 2. Juni.** Der Stadtrat trat mit dem Domänenamt in Verhandlungen darüber ein, daß der Stadtgemeinde das Baugebiet zwischen Gottesackerstraße und Kriegsstraße östlich des Artilleriedepots im Flächeninhalt von 22172 Quadratm. im Erbbaurecht zur Errichtung von Wohnbauten überlassen wird.

(*) **Heidelberg, 2. Juni.** Der Sächsischen Gesellschaft für Wissenschaften ist von der in Heidelberg verstorbenen Witwe des Dr. Richard Avena r i u s eine Stiftung im Betrag von 150000 Mk. vermacht worden.

(*) **Heidelberg, 2. Juni.** Die soz. Partei hat ein Haus in der Schröderstraße erworben und wird dort eine Druckerei errichten und ein Parteiblatt herausgeben.

(*) **Diersheim b. Hehl, 2. Juni.** Wie dem „Aber“ und „Bäcker“ Boten von einem Bewohner des Hanauerlandes mitgeteilt wird, ist in dem von den Franzosen besetzten Ort Diersheim vor einigen Tagen ein auf dem Feld arbeitendes Mädchen von einem Marokkaner-Polsten angefallen, verewaltigt und in brutalster Weise ermordet worden. Die Asten des Mädchens fanden ihre Tochter im Wald mit abgehacktem Hals und schwer verstümmelt.

(*) **Saltingen bei Lörrach, 2. Juni.** Ein junger Mann, der sich mit einem geladenen Militärgeweh beschäftigte, hat dabei ein junges Mädchen erschossen.

(*) **Kadolfzell, 2. Juni.** In den letzten Tagen ist es der hiesigen Sicherheitsbehörde gelungen, hier wie in der Umgegend größere Mengen Lebensmittel zu beschlagnahmen, so 4 Ztr. Schweizerkäse, 6 Ztr. Kaffee, 6 Stüd geschlachtete Riken, ferner große Mengen Mehl und Fleisch. In Gammertingen wurde ein Polsterwagen zurückgehalten, in dem etwa 10 Ztr. Getreide verborgen waren. Weiter wurden auf dem Bahnhof Meßkirch aus einem Pferdewagen, der nach Mannheim rollen sollte, 10 Schweine, 2 angeschwemmte Hammel,

geräumiger Tisch, Weib Bier und Butter beilag
nahm.

(*) **Reberlingen**, 2. Juni. Der bisherige Schrift-
leiter der Freien Stimme in Adolfszell Dr. Henz trat
am 1. Juni von seinem Posten. An seiner Stelle
wurde Redakteur Rudolf Engesser aus Landau in der
Pfalz, bisher Schriftleiter der „Oberschwäbischen Volks-
zeitung“ in Ravensburg für die Freie Stimme ver-
setzt.

(*) **Neustadt**, 2. Juni. Beim Hochzeitsfesten im
Jostal wollte der 20jährige Sohn der Landwirtsfam-
lie Stefan Böhlinger nach einem noch nicht los-
gegangenen Pölserschuh stehen; der Pölsler entließ sich
höllich und der junge Mann wurde tödlich verletzt.

Württemberg.

(*) **Stuttgart**, 2. Juni. (Der Ministerwech-
sel.) Über die Beizung des Ministeriums des In-
nern ist, wie wir erfahren, noch kein Beschluß gefaßt
worden.

(*) **Stuttgart**, 2. Juni. (Neuwahl der Kir-
chengemeinde- und Kirchenstiftungsräte.) Dem Präsidium der Landesversammlung ist der Entwurf
eines Gesetzes betr. die Neuwahl der Kirchengemeinde-
und Kirchenstiftungsräte zugegangen.

(*) **Stuttgart**, 2. Juni. (Abschaffung des
württ. Kriegsministeriums.) Nach Übernahme
der württ. Sicherheitswehr in die Reichswehr kommt
der Wirkungsbereich des württ. Kriegsministeriums in
Vorzugsfall, umso mehr, als das ganze württ. Kostentum
auf 3000 Mann und 200 Offiziere zusammenzudrücken
wird. Das Kriegsministerium wird demgemäß in nächster
Zeit aufgehoben werden.

(*) **Tübingen**, 2. Juni. (Ein fetter Blis-
sen.) Bei einem hier wohnhaften Landtagsabgeordneten
wurde die Hälfte eines gekammierten Schweines durch
den Arbeiterrat beschlagnahmt.

(*) **Heilbronn**, 2. Juni. Licht und Kraft.
Die bürgerlichen Kollegien besichtigten am Samstag das
Elektrizitätswerk Alt-Württemberg in Pleidelsheim. Heil-
bronn steht vor der Frage der Errichtung eines eigenen
Elektrizitätswerks.

(*) **Oberstetten** u. Gerabronn, 2. Juni. (Un-
fall.) Dem erst kurz verheirateten Landwirt Zinf-
gingen auf dem Felde seine Knie mit der Walze durch.
Zinf wurde ein Bein abgerissen, so daß er ihm ganz
abgenommen werden mußte.

(*) **Marbach**, 2. Juni. (Mäherer-
epidemie.) Hier ist unter den Mähern eine Typhus-
epidemie ausgebrochen, der binnen 14 Tagen über
200 Stüd. erlegen sind. Die Seuche greift täglich weiter-
um sich.

(*) **Vom Jagdtal**, 2. Juni. (Gewitterregen.)
Am Sonntag Nachmittag stellte sich ein Gewitter nad
dem andern ein. Doch hätte der Regen noch reichlicher
sein dürfen.

(*) **Wengen a. d. Br.**, 2. Juni. (Zänderder
Bliz.) Bei dem Gewitter am Sonntag Nachmittag
schlug der Bliz in die Scheuer des Bäckers und Bauern
Michael Späth, die vollständig niederbrannte.

(*) **Ulm**, 2. Juni. (Preiserhöhung.) Die
städtischen Kollegien haben den Milchpreis auf 60 Pfg.,
den Preis für Gas auf 32 Pfg., den Kohlepreis auf 6 Mk.
und den Preis für Rindfleisch auf 2,55 Mk., den für
Kalbfleisch auf 2,50 Mk. festgesetzt. — Das heilige Gas-
werk hat nur noch für 14 Tage Kohlen zu Ende.
Die Bäder sind in 14 Tagen mit ihren Kohlen zu Ende.

(*) **Tutlingen**, 2. Juni. (Einigkeit macht
kraft.) Die Gesangsvereine Konfordia, Trohium und
Sängerkränz haben sich in einen Verein zusammenge-
schlossen.

(*) **Sigmaringen**, 2. Juni. (Wahl zur preu-
sischen Landesversammlung.) Zum Abg. der
preussischen Landesversammlung für den Bezirk Sigma-
ringen wurde gestern der frühere Reichs- und Land-
tagsabgeordnete Dr. Belzer in Sigmaringen bei mit-
elmäßiger Wahlberechtigung ohne jede Gegenkandidatur
gewählt.

Vermischtes.

Die Leistung eines Briefträgers. Anlässlich des 25jährigen
Dienstjubiläum eines Briefträgers wurde folgende Berechnung
aufgestellt: Schöpfungswiese legt ein Postbote täglich 32 Kilometer
zurück. Da er nun jährlich etwa 335 Diensttage zählt, so durch-
läuft er in einem Jahre rund 11 000 Kilometer. In 25 Dienst-
jahren beträgt mithin der von ihm zurückgelegte Weg 275 000
Kilometer. Vergleicht man damit den Umfang der Erde, der am
Äquator 40 000 Kilometer beträgt, so kommt man zu dem
Ergebnis daß der Briefträger etwa siebenmal die Erde um-
schritten hat. Nimmt man ferner das Gewicht seiner Traglast
von Briefen, Zeitungen usw. (die immer umfangreicher und schwe-
rer werden) mit 20 bis 25 Kilogramm an, so hat er in 25
Dienstjahren 20 000 Kilogramm Papier in die Häuser seines
Dienstbezirks geschafft.

Reuorientierung. Der Berliner Magistrat beschloß die Ein-
führung des schulpflichtigen Unterrichts in der spanischen, russischen
und polnischen Sprache an allen höheren Lehranstalten für
Knaben und Mädchen.

— **Kündigung von Angestellten.** Eine Berord-
nung des Reichsarbeitsministeriums vom 30. Mai be-
stimmt, daß bei Kündigung von Angestellten in allen
Fällen der Angestellten-Ausschuss oder die sonstigen An-
gestelltenvertreter zur Mitwirkung herangezogen werden
können. Von dieser Verfügung werden auch die
seitigen Angestellten betroffen, deren Entlassung zum
31. Mai ausgesprochen worden war.

— **Herstellung von Stoffschuhen.** Aus Anlaß
des Schuhwarenhandels und des Schuhmacherhandwerks
wird Klage darüber geführt, daß Privatpersonen und
Geschäftsleute, die außerhalb des Schuhmacherhandwerks
stehen, Stoffschuhe namentlich aus mitgebrachten Stoffen
ihre Abnehmer, zumteil unter Verwendung ungeeigneter
Arbeitskräfte, in völlig unzulänglicher Weise herstellen.
Mit Rücksicht darauf, daß den Verbrauchern überdies

auch vielfach Fälschungen abzuwehren und Gärne, sowie
andere knappe Materialien der ordnungsmäßigen Schuh-
herstellung entzogen werden, hat die Reichsstelle für
Schuhherstellung beschloßen, gegen nicht herkunftsmäßige
Verfälschung von Stoffschuhen durch Verbot eines Verbots
einzuschreiten. In Zukunft darf Neuherstellungen und
Ausbehebungen von Schuhwaren nur ausführen, wer
Jeder im Wege behördlicher Zuweisung erhält.

— **Alkoholfreie Limbore.** Infolge der vielfachen
Klagen über die Minderwertigkeit der alkoholfreien Li-
mbore, die im allgemeinen nichts weiter sind, als gefärb-
tes, aromatisiertes Wasser, schweben Erwägungen über
ein allgemeines Verbot der Herstellung solcher Getränke.
Die Hersteller werden demnach gut tun, von der weite-
ren Beschaffung von Rohstoffen zu solchen Erzeugnissen
abzusehen.

— **Reisen im besetzten Gebiet.** Von Sonntag,
den 1. Juni, an sind die zum Brückenkopf Mainz
gehörige Strecke Darmstadt-Frankfurt wieder für den
durchgehenden Verkehr freigegeben. Militärperso-
nen dürfen die das besetzte Gebiet durchfahrenden Züge
nicht benutzen, da sie Gefahr laufen, bei auserfah-
renen Anhalten der Züge innerhalb des Brücken-
kopfes von den Besatzungstruppen festgehalten zu wer-
den. Während der Fahrt durch das besetzte Gebiet
müssen sich die Reisenden unbedingt von den Kennern,
die geschlossen zu halten sind, fernhalten. Außerdem
müssen die etwa vorhandenen Vorhänge heruntergelas-
sen oder zugezogen werden. Den Anordnungen des
Eisenbahndirektors ist unter allen Umständen Folge zu
leisten und es ist während der Fahrt durch das besetzte
Gebiet alles zu unterlassen, was von den Kosten der
besetzten Strecke als Belästigung oder Beleidigung auf-
gefaßt werden könnte. Reisende, die sich während der
Fahrt durch das besetzte Gebiet Ungehörigkeiten zu
Schulden kommen lassen, haben Festnahme durch die
Besatzungstruppen und schwere Freiheitsstrafen nach
den französischen Kriegsgesetzen zu erwarten, da die
Züge in solchen Fällen häufig im besetzten Gebiet an-
halten müssen.

— **Gegen die Kriegsanteile-Spekulationen.** Ver-
schiedene Zeitungen wenden sich gegen die Spekulation
in Kriegsanteilen, die an den Börsen seit einiger Zeit
betrieben wird, indem Massenverkäufe vorgenommen wer-
den, die aber fast durchweg nur Leerverkäufe sind, d. h.
die Verkäufer haben die Stücke gar nicht, die sie ver-
kaufen; es kommt ihnen nur darauf an, den Kurs herab-
zudrücken, um den kolossalen Gewinn einzustreichen, wenn
die Anteile wieder steigen. Bei jedem Prozent, das
die Anteile im Kurs verlieren, werden diejenigen, die
seinerzeit die Anteile gezeichnet haben, um 80 Mil-
lionen geschädigt. Darum, halte jeder seinen Beitrag an
Kriegsanteilen fest oder verwende ihn nur zu Käufen
von Heeresgut usw., da die Regierung die Anteile zum
alten Kurs in Zahlung nimmt.

— **Aus dem Zeitungsgewerbe.** Wie verlautet,
beschäftigt die Reichsregierung der Nationalversammlung
einen Geheimrat vorzulegen, der die Herstellung
von Blatten- und Materialkorrespondenzen unterlag. Der
Zweck des Gesetzes soll sein, möglichst viele Arbeits-
legenheiten im Buchdruckergewerbe zu schaffen.

— **Zu den Ortsvorsteherwahlen.** In den rund
1000 württembergischen Gemeinden sind zur Zeit noch
800 lebenslanglich gewählte Ortsvorsteher tätig, hievon
etwa die Hälfte im Hauptberuf. Bei etwa 200 Orts-
vorsteher ist die Wahldauer während des Krieges ver-
längert worden. So werden also, wenn der geplante
Entwurf Gesetz wird, ungefähr in 1000 Gemeinden, also
in mehr als der Hälfte aller, Neuwahlen stattfinden.

— **Keine staatlichen Patronate mehr.** Die
evangelischen Pfarreien werden seit der Staatsumwälzung
ohne Mitwirkung des Kultusministeriums durch die evang.
Oberkirchenbehörde besetzt. Durch die neue Verfassung
hat auch die katholische Oberkirchenbehörde, die bisher
nur den kleineren Teil der lathol. Kirchenstellen frei zu
besetzen hatte, das alleinige Recht zur Besetzung der
Pfarreien und Kaplanen erhalten, die nicht in Privat-
patronat stehen. Die Aufhebung der Privatpatronate
stellt die neue Verfassung den Kirchen frei.

— **Die 50 Mark-Note.** Wegen der Verschie-
denartigkeit der Nummernbezeichnung auf der Rückseite
der neuen Fünfsigmarknote vom 30. November 1918

sind vielfach Zweifel in der Echtheit der betreffenden
Noten entstanden. Die Verschiedenartigkeit rührt daher,
daß, wie bei der Fünfsigmarknote vom 30. Oktober 1918,
es auch bei der neuen vom 30. November 1918 not-
wendig geworden ist, die Nummerierung mit verschiede-
nen Typen (No., Nr. und No.) vorzunehmen, so daß
auf den echten Banknoten dreierlei Nummernbezeichnun-
gen erscheinen. Ein Mißtrauen wegen dieser Verschie-
denheit ist daher unbegründet.

— **Saure Milch bei der Säuglingsernährung.**
Nicht lösliche Milch wird in den meisten Fällen von
den Säuglingen ohne jeden Schaden vertragen, wenn sie
entsprechend behandelt wird. Wenn die Milch in der
warmen Jahreszeit ins Haus kommt, sollte sie gleich
auf ihre Reifezeit in der Weise geprüft werden,
daß man einige Tropfen Milch auf einem Kaffeelöffel
erhitzt. Gerinnt die Milch nicht, so soll sie sofort im
ganzen abgekocht und in der gewöhnlichen Weise ver-
dünnt werden. Gerinnt aber die Milch, so macht man
sich eine dicke Schleimabkochen von Wehl, Kollgerste,
Weich, Hüser und dergl. und mischt diese erkaltete Ab-
kochen mit der nicht löslichen Milch in dem ge-
wöhnlichen Verhältnis, füllt Buder zu und kocht nun
entweder direkt auf dem Herd oder in Wasserbad. Auf
diese Weise behandelte Milch gerinnt nicht mehr in gro-
ßen Klumpen, sondern in feinen Kloden und ist in
den meisten Fällen für den Säugling unschädlich.

— **Reichswehruniformen.** Wie verlautet, sol-
len die bisherigen staatlichen Uniformbestände ausge-
tagt werden, jedoch Profstaichen, Eigen am Sta-
gen, Striegel mit Waffensfarbe und Regimentnummern,
Abzeichen, Schulterstücke erhalten. Der Antantrieb

riefel weicht den Schürzen mit Widelgarnschub.
Der Mantel wird allgemein zweifachig. Seine Kragen,
Stöße an langen Böden wird jedermann zu tragen
laßt. Die Schürzen sind schmied die Landesfahnde; da-
unter die Reichsfahnde mit Eisenlaub. Gradabzeichen
bestehen in übergrauen Treisen für Offiziersanwärter
um den Antantrieb, für Unteroffiziere in Stiefelform
am Oberarm.

— **Lotteriegewinn.** In der heutigen Ziehung
der 5. Klasse der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie
fiel die Prämie von 300 000 Mark zusammen mit
einem Gewinn von 1000 Mark auf die Nr. 37 244.
(Ohne Gewähr.)

Amtl. Fremdenliste.

Verzeichnis der am 30. Mai angemeldeten Fremden.

In den Privatwohnungen:

Cafe Bechle.	
Schmidt, Dr. B.	Pforzheim
Mayer, Dr. Hermann	"
Bogler, Dr. Richard	"
Decker, Dr. Rudolf	"
Kaber, Dr. Franz	"
Landhaus Oberle.	
Serger, Frl. Luise	Walldorf
Villa Gisele.	
Müller, Frau Alberta	Berlin-Steglitz
Müller, Dr. Erich	"
Friedrich Gontner.	
Kupp, Dr. Hermann	Bödingen
'Haus Decker.	
Gülcher, Frau Edith	Charlottenburg
Villa Johanna.	
Clausnitzer, Dr. Reinhold	Stuttgart
Villa Karlsbad.	
Morler, Dr. Gastwirt mit Frau Gem.	Frankfurt
Böckel, Frau Helene	Leipzig
Friedrich Rothacker. Villa Sofie	
Peters, Dr. Hugo, Kuffcher	Stuttgart
Parkofilla.	
Stoll, Dr. Otto, Privatier	Pforzheim
Stoll, Frau Ida	"
Villa Pauline.	
Rehm, Frl. Maria	Niesbach
Waltin, Dr.	Erlangen
Kröhlch, Dr. Rm. mit Frau Gem.	Stuttgart
Stadtpfarrer Köster.	
Köster, Dr. Ulrich, Buchdruckereibesitzer	Schorndorf
Kramer, Dr. Pfarrer	Reilingen

Verzeichnis der am 31. Mai angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

Gasthaus zur alten Linde: Beise, Dr. Friedr., Kreis- bahn-Direktor, Saarlouis Rheinprov., Höhle, Dr. B., Direktor mit Frau Gem., Ludwigsburg. Koch, Dr. Friedr., stud. med., Tübingen. Waidner, Dr. Ernst, Pforz- im. Rastle, Dr. Rudolf, Rfm., Berlin.
Hotel Deutscher Hof: Mauer, Dr. Emil, Rfm., Frankfurt.
Hotel gold. Löwe: Schaaber, Dr. J., München.
Pension Villa Hanselmann: Kreisel, Dr. K., Berlin. Hoff, Frau Elise, Berlin. Wänich, Dr. Julius, Student, Kottensburg.
Hotel Haifisch: Dedwert, Dr. Paul, Polizeikommissar, Saalfeld. Schälch, Dr. Fritz, Beamter, Pforzheim. Röhm, Frau Mina, Dettingen.
Hotel Palmengarten: Dittwaldt, F., Friedz, Schöne- berg-Berlin.
Panorama-Hotel: Nech, Dr. Fritz, Fabrikant, Pforz- heim.
Hotel Pfeiffer: Schmitz, Frau Stefanie, Direktors-G., Leinheim.
Sommerberg-Hotel: Mezinger, Dr. O., Optm. mit Frau Gem. und Sohn, Stuttgart.
Gasth. zum wilden Mann: Schmid, Frau Martha, Berlin. Schrempf, Dr. Adolf, Bankbeamter mit Fr. Gem., Berlin. Almspach, Dr. Karl, Bankbeamter, mit Frau Gem., Stuttgart.

In den Privatwohnungen:

Frau Marie Böhner: Pfänder, Frau Luise, Seeburg. Landhaus Oberle: Acker, Schwester Marie, Tübingen. Karl Endlichhofer: Schanbacher, Dr. Emil, Stuttgart. Frau Knödler Witwe: Mayer, Frl. Lena, Mittel- Lengsfeld.
Billa Pauline: Hellmut, Dr., Nürnberg.
Billa Treiber: Pier, Dr. Otto, Rfm. mit Frau Berlin.

Zahl der Fremden 1401.

Konzert-Programm

der

KUR-KAPELLE WILDBAD

Leitung: Musikdirektor P. Prantz

Mittwoch, den 4. Juni

vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

1. Choral: Nun ruhen alle Wälder.
2. Ouverture „Hamlet“
3. Melodien aus „Sommertraum“
4. Serenade für Flöte und Horn
5. Blau Veichen, Mazurka Caprice

nachm. 3 1/2—4 1/2 Uhr Anlagen

1. Marsch 1. Btl. Garde (1809)
2. Ouverture „Prinz Methusalem“
3. Sefira, Intermezzo
4. Zwei ungar. Tänze Nr. 1 und 2
5. Frühlingstänze, Walzeridylle

nachm. 5—6 Uhr Kurplatz

1. Geschwind-Marsch
2. Ouverture „Norma“
3. Reverie
4. Nachruf an C. M. v. Weber, Fant.
5. Wo meine Wiege stand, Walzer

Bach
Mendelssohn
Titl
Eilenberg
Strauss
Siede
Keller Beta
Fuchs
Blankenburg
Bellini
Vieuxtemps
Bach
Zielner

Pfarrer Hornberger	417 Stimmen.
Stadtpfarrer Sandberger	277
Notarmeister Ringenmayer	400
Apotheker Bozenhardt	291

Das Gesamtergebnis im Oberamt Calw ist, abgesehen von einigen noch ausstehenden Gemeinden, folgendes: Hornberger 3663, Sandberger 2812, Mant 3504, Pöndle 2931.

Gesamtergebnis im Oberamt Heuberg:

Sandberger	3992.
Hornberger	2521.
Bozenhardt	3970.
Ringgenmayer	2509.

Gesamtergebnis aus beiden Oberämtern:

Als geistlicher Vertreter ist gewählt:
 Stadtpfarrer Sandberger mit 6804 Stimmen.
 Pfarrer Hornberger erhielt 6184 Stimmen.

Als weltlicher Vertreter ist gewählt:
 Mant-Calw mit 3504 Stimmen.
 Bozenhardt erhielt 3970, Pöndle 2931, Ringenmayer 2509.

Landestheater Wildbad.

Die gestrige zweite Vorstellung „Die Straße nach Steinach“ war nur schwach besucht. Titel und Verleger des Stückes waren unseres Wissens hier noch unbekannt. Die gute Gesellschaft mit ihren Standesurteilen, die Macht des Mammons auch in Herzensangelegenheiten und speziell das Tadeln des behandelten Verfassers Wilhelm Stückler in etwas schwerfälliger Weise. Die Aufnahme war nicht schlecht, doch dürfte der schiedene Beifall mehr den Darstellern als dem Stück selbst gegolten haben, dessen Ziel ganz gut ist, aber etwas zu trocken wirkt.

Witze vom Tage.

Konkulation. Die neugeborene junge Dame kam in das Sprechzimmer des alten Arztes und klagte: „Was soll ich nur machen, Herr Doktor, ich kann die ganze Nacht kein Auge zu tun. Ich habe heute bis acht Uhr morgens gewacht — können Sie mir einen Rat geben?“ Darauf der Arzt in bestem schwäbischen Dialekt: „Ja, Fraulein, da misse Sie halt Nachtwächter werden.“

Wahres Geschichtchen. Der der Fabrik verpflichtete Arzt gab bekannt, daß er an Sam- und Feiertagen die übliche Sprechstunde ausfallen lassen müsse. Die Mitteilung wurde durch den folgenden Schlußsatz gewürzt: „Für ernstliche und dringende Erkrankungen wird selbstverständlich gepörrt.“

Der Köhner. Mein siebenjähriger Neffe kommt zum erstenmal in die Elementarschule. „Nun“, fragt ihn der freundliche Lehrer, „kannst du schon ein „i“ schreiben?“ Und erhält prompt zur Antwort: „Ja wohl, wenn du mir „s“ gestellst machst, „s“ Tüpfelchen kann ich ja auch schreiben.“

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Wildbad, 3. Juni. Dem I. Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei in Wildbad ging am 24. Mai 1919 folgendes Schreiben seitens der Württ. Staatsregierung zu: Auf das Schreiben vom 17. ds. Mts.

Dem I. Vorsitzenden der Deutschen demokr. Partei von Wildbad beehre ich mich mitzuteilen, daß ich die in der dortigen Volksversammlung am 16. ds. Mts. gefasste Entschliessung der Staatsregierung zur Kenntnis gebracht habe und daß die Staatsregierung mit allen Mitteln bestrebt ist, ihren Einfluß im Sinne Ihrer Entschliessung geltend zu machen.

Staatspräsident Württ.

Wildbad, 2. Juni. Bei der gestrigen Wahl zur Landeständerversammlung haben abgestimmt von

Die Silberverwertung. Die Aufhebung der Höchstpreise für Silber in New York (bisher 101 1/2 cents) und in London (48 1/2 d) hat eine scharfe Verteuerung ausgelöst: In New York stieg der Preis zeitweise auf circa 120 cents, um dann freilich wieder auf 112 cent. herunterzugehen; die letzte Londoner Notiz lautet auf 68 1/2 d die Unze. Damit sind Preise erreicht, wie sie seit 40 Jahren nicht beobachtet wurden. Es ist nun interessant, wie sich auf Grund dieser Preise der Wert des Silbers in Deutschland berechnet: da eine Unze gleich 31,1 Gramm mit 925/100 Feingehalt ist, so berechnet sich beispielsweise auf Grund des letzten Londoner Silberpreises dort das Kilogramm Feinsilber auf 2034 d, beim heutigen Wechselkurs rund 530 Reichsmark. Da nun nach dem deutschen Münzgesetz in 200 Mk. Silbermünzen ein Kilogramm Feinsilber enthalten ist, so begreift man, warum Silbermünzen im Schleichhandel ein so gesuchter und mit Aufgeld bezahlter Artikel sind. Es braucht nicht betont zu werden, daß derartige Geschäfte strafbar sind; denn der amtliche Höchstpreis ist Mk. 175 pro Kg. und eine Uebertretung dieser Vorschrift wird mit bis 1 Jahr Gefängnis geahndet.

Tarifregister. Das neu eingerichtete Tarifregister wird bei dem Reichsarbeitsministerium geführt. Die Einschreibung in das Register und die Registerrolle ist jedem gestattet. Von den Eintragungen können Abschriften verlangt werden. Vor jeder Eintragung hat der Registerführer dem Antragsteller und den Vertragsparteien des Tarifvertrags unverzüglich Nachricht zu geben. Jede Eintragung in das Tarifregister ist unverzüglich im Reichsanzeiger bekanntzugeben. Für Eintragungen, Einsichtnahmen, Benachrichtigungen, Auskünfte, Abschriften und Bescheinigungen werden Gebühren nicht erhoben.

Anruf an die hiesige Einwohnerschaft zum Beitritt zur Ortsgruppe der Württ. Vereinigung der aus Elsass-Lothringen Vertriebenen.

Auch in unserer Badestadt hat eine größere Anzahl der aus Elsass-Lothringen Vertriebenen ein Asyl gefunden. Die Lage mancher dieser Unglücklichen ist eine überaus traurige und bedauernde. Von allem, auch dem Nötigsten entblüht, wurden sie aus ihrer alten Heimat vertrieben. Wenn auch Reich und Staat für sie zu sorgen versprechen, so genügt dies nicht. Denn bei vielen ist sofortige Hilfe nötig; es ist für sie das Nötigste, Wäsche, Kleider, Schuhe usw. zu beschaffen.

An alle, die ein Herz für diese Bedauernswerten haben, ergeht daher die Bitte, durch Beitritt zur hiesigen Ortsgruppe und durch Zahlung eines Jahresbeitrags im Mindestbetrage von 1 Mark mit dazu beizutragen, das Los der Vertriebenen freundlicher zu gestalten.

Anmeldungen nehmen die Unterzeichneten entgegen.
Wildbad, den 2. Juni 1919
Stadtschultheiß Wagner. Hauptlehrer Walz.

Kunst-Honig.

Auf Lebensmittelmarke 18 wird abgegeben:
400 Gramm Kunsthonig.
Austenschluss: Mittwoch abend 6 Uhr.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.
Kappelmann. Arbeiterrat Schlüter.

Bestellungen auf eingemachte rote Rüben

Pfund 50 Pfennig, sowie
Sauerkraut
Pfund 30 s, bei 10 Pfund 25 s, Faß 20 s
nehmen bis Samstag entgegen

Pfannkuch u. Co.

Telefon Nr. 118.

Radsfahrer-Verein „Schwarzwald“ Wildbad.

Samstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr

Versammlung

im Gasth. zur „Eintracht“.
Die Mitglieder werden dringend ersucht, vollständig zu erscheinen. Neue Mitglieder herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Vergrößerungen

nach jedem Bilde in allen Größen
in nur tadelloser Ausführung,
erhalten Sie bei der

Graph. Kunstanstalt Meyle u. Müller, Pforzheim.

Bestellungen für Wildbad und Umgebung nimmt entgegen G. A. Jünger, Juwelier, Hauptstr. 75.

Eiserne Bräter

in großer Auswahl empfiehlt
Willy. Gohsberger.



Ein Posten Liegestühle

Naturholz mit gutem Stoff-Bezug
Hervengröße
Selbsttätige Stellvorrichtung

Stück **24** Mark

- Versand nach auswärts -

Garten-Liegestühle

Cellulose-Bezug
Mit Armlehne, ohne Fuss-Stütze
mit Armlehne und mit Fuss-Stütze
mit Armlehne, Herrengröße

1350 1650 2100

Herm. Tietz, Stuttgart

Zur Aufklärung!

Auf die Erwiderung des entpuppten Annoncus Herrn Wilh. Schill hier diene als Bestes folgendes zur Aufklärung. Daß Dr. Schill mich überhaupt an einer verwundbaren Stelle nicht antasten konnte, habe ich durch meine Erwiderung in Nr. 122 des „Freien Schwarzwälder“ am tatkräftigsten bewiesen, denn selbst dem geistig Armen ist klar, daß wenn jegl. Viesierung von Butter in irgendeinem Zusammenhang mit Arbeitsvergeuden meinerseits stünde, ich in meinem Interesse jegl. Erwiderung unterlassen hätte. Bei einer nachweisbaren ehrliehen und redlichen Bezahlung der Butter habe ich keine Veranlassung, betreffenden Handwerker noch extra zu bevorzugen, zudem mir diese Bevorzugung insofern unmöglich wäre, als ich sämtliche Offerte der Bauherrschaft zur 100%igen Entscheidung vorlege.

Hinsichtlich des weiteren Mißstandes betr. Baumaterialien-Beforgung meinerseits, d. h. Selbstbezug von Seiten der Bauherrschaft, war es einerseits stets spezieller Wunsch der Bauherrschaft, andererseits Bedingung des Unternehmers. Ich selbst habe natürlich auch das dringendste Interesse, die derzeitig ohnedies hohen Baumaterialpreise durch Selbstbezug zu reduzieren, um die Bauzeit nicht ganz auszuhalten, kostet doch beispielsweise bei Selbstbezug das Mille Backsteine nur 97 Mark, während Dr. Schill für dieselben 125 Mark verlangt. Von einer Bevormundung des Handwerkers kann also meinerseits keine Rede sein, da ich mir dadurch ohne Sondervergütung nur mehr Arbeit und Verantwortung auf den Hals lade.

Die ganze Art der Schill'schen Erwiderung birgt zu deutlich greifbare persönliche Gehässigkeiten in sich, als daß Dr. Wilh. Schill mit Hintermännern sein Ziel, nämlich geschäftsschädigende Wirkungen für mich zu bezuzieren, erreichen wird. Von Seiten meiner Bauherrschaften, die die Realität meiner Arbeitsvergeuden am besten beurteilen können, wurde das Vorgehen des Dr. Schill nur als sehr schmutzig betitelt.

Auf die Beweise für Ihre geschäftsschädigenden Anschuldigungen kann ich nicht verzichten, sondern werde Ihnen vor Gericht Gelegenheit bieten, dieselben anzubringen!
G. Hagenlaub, Architekt.

Hauptstraße 86a
 Erstes Haus am Platz für
Amateur Photographie
 Sämtliche Bedarfsartikel
 Entwickeln, Kopieren von Platten und Films
 in sachmännlich vollendeter Ausführung.
 Platten, Films, Papiere, Bäder etc. stets frisch vorrätig.
 Apparate diverser erstklassiger Fabrikate zu Original-Fabrikpreisen.
 Sachmännische Bedienung.
 Sämtliche, saubere Behandlung aller Aufträge.
 Billigste Berechnung.
Photo-Centrale
 Grundner Nachfolger.

Umsand-Puddingpulver

Paket 25 Pfennig
empfehlen
Pfannkuch u. Co.

Ein Mädchen

welches etwas kochen kann und sonstige Arbeiten übernimmt, für sofort gesucht.

Gasthaus z. Ratskeller.

Gebrauchte Kleider

haben im Auftrag zu verkaufen
Geschwister Sauerbrey.

Neue Zwiebel, Spargel, Gemüse, Salat

zu haben bei
Bader, Bergbahn.

Landestheater Wildbad.

Heute abend
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Akten
von Oskar Blumenthal.

Kautschuk-Stempel

empfehlen G. S. Bock.